

# Kontroverse um Glyphosat-Grenzwerte

Die Pestizidbelastung in den Schweizer Gewässern ist bereits zu hoch.

Nun will der Bund den Grenzwert für den umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat erheblich anheben.

**Stefan Häne**

Glyphosat ist eine ebenso wirksame wie umstrittene Waffe gegen Unkraut. Giftig wirken kann das Pestizid auch auf einem anderen Feld: in der Politik. Jüngstes Beispiel ist der Entscheid der EU-Mitgliedsstaaten, dass die Zulassung des Mittels um fünf Jahre verlängert wird. Der Beschluss von Ende November wurde nicht zuletzt deshalb möglich, weil der deutsche Agrarminister Christian Schmidt im Namen seines Landes für eine weitere Nutzung votierte. Der Alleingang des CSU-Politikers trübt seither das Klima zwischen Union und SPD im Hinblick auf mögliche Koalitionsverhandlungen.

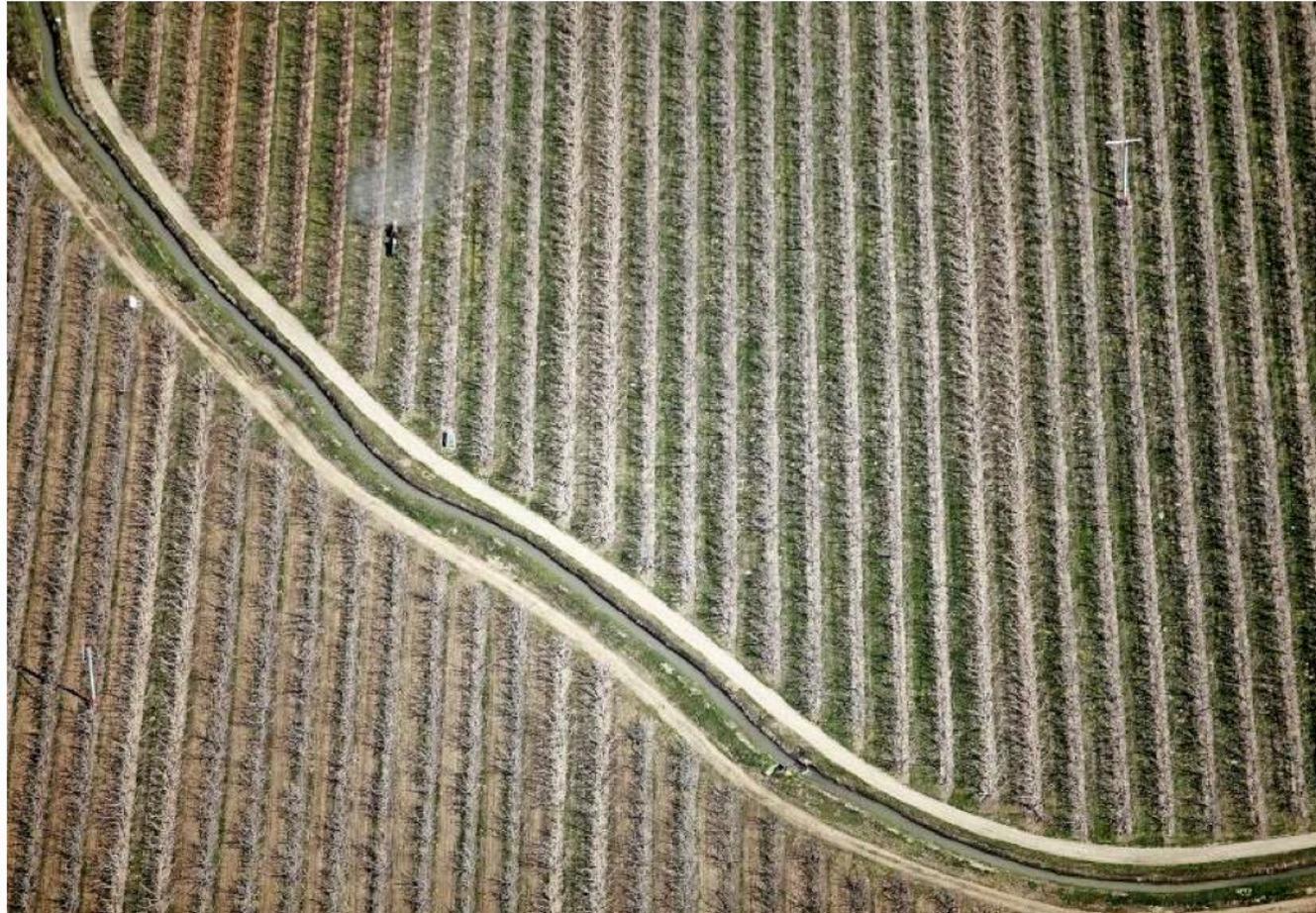
Zur politischen Belastung könnte Glyphosat auch in der Schweiz werden, namentlich für Umweltministerin Doris Leuthard (CVP). Auslöser ist der Plan ihres Departements (Uvek), den Grenzwert für Glyphosat in Bächen, Flüssen und Seen um den Faktor 3600 anzuheben: von 0,1 Mikrogramm pro Liter auf 360 Mikrogramm bei kurzfristigen Verschmutzungen, bei chronischen auf deren 120. Die Neuerung steht im erläuternden Bericht zur geplanten Teilrevision der Gewässerschutzverordnung des Bundes. Die Vernehmlassung dauert bis Mitte März. Auch andere Länder haben Grenzwerte definiert. Höher liegt diese etwa in den USA (700), tiefer in Kanada (280) und Australien (10).

Umweltschützer zeigen sich über das Vorhaben des Uvek entsetzt. Franziska Herren spricht von einem «Frontalangriff auf den Gewässerschutz». Sie und ihre Mitstreiter haben binnen 250 Tagen mehr als die nötigen 100 000 Unterschriften für ihre Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Ernährung» gesammelt. Nach dem Willen der Initianten sollen Bauern künftig nur noch unter gewissen Auflagen Direktzahlungen oder Subventionen erhalten; eine davon ist der Verzicht auf Pestizide. Herren ist überzeugt, dass ihre Volksinitiative nun weiter Auftrieb erhalten wird: «Die Schweizer Bevölkerung will keine Landwirtschaft mit Giftcocktails.»

## Höherer Grenzwert bei 25 Stoffen

Ob dem so ist, wird die Volksabstimmung zur Initiative zeigen. Unbestritten ist dagegen, dass die Pestizidbelastung in den Schweizer Fließgewässern zu hoch ist. Dies zeigt mitunter der neue Umweltprüfbericht, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorletzte Woche publiziert hat. Die gefundenen Mikroverunreinigungen können laut OECD womöglich «nachteilige Auswirkungen» auf die Gesundheit der Menschen haben.

Das Uvek bestreitet die skizzierten Probleme mit Pestiziden nicht, weist aber die Kritik der Umweltschützer zu-



Gefahr für Gewässer: Eine mit Pestiziden behandelte Obstplantage im US-Bundesstaat Washington. Foto: Brian Brown (Alamy)

rück. «Das Schutzziel Ökologie ist in keiner Weise gefährdet», sagt Christian Leu vom federführenden Bundesamt für Umwelt (Bafu). Umstritten sei Glyphosat durch seine möglicherweise Krebs verursachende Wirkung auf den Menschen. Doch dieser «Tatbestand», so Leu, müsse bei der Zulassung des Pestizids beurteilt werden und lasse sich nicht durch Grenzwerte in der Gewässerschutzgesetzgebung lösen.

Die Umweltschützer sind anderer Ansicht. Sie sehen das im Umweltschutzgesetz verankerte Vorsorgeprinzip verletzt. Statt Grenzwerte hochzusetzen, solle der Bundesrat viel konsequenter an einer Reduktion des Pestizidcocktails in den Schweizer Gewässern arbeiten, fordert Pro Natura. Da bestehe massiver Nachholbedarf. Von der Neuerung ist nicht allein Glyphosat betroffen. Für insgesamt

38 Pestizide soll in oberirdischen Gewässern der aktuelle allgemeine Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter nicht mehr gelten. Das hat Folgen, wie aus dem Bericht zur geplanten Revision hervorgeht: Die Anzahl der Grenzwertüberschreitungen werde sich gegenüber heute wohl «tendenziell eher verringern» - was nicht weiter überrascht, will das Uvek doch die Höchstwerte für 25 der 38 Pestizidwirkstoffe anheben. Bafu-Experte Leu betont indes, für 12 besonders umweltgefährdende Wirkstoffe gälten künftig schärfere Grenzwerte unter 0,1 Mikrogramm pro Liter.

Von einer Aufweichung des Gewässerschutzes will das Bafu daher nichts wissen. «Die differenzierte Betrachtung einzelner Stoffe stärkt den Vollzug», sagt Leu. Ist etwa ein Bach verschmutzt, so können die Behörden laut Leu künftig

## Zur politischen Belastung könnte Glyphosat auch in der Schweiz werden, namentlich für Bundesrätin Doris Leuthard.

zielgenau eruieren, welche Stoffe über dem ökologischen Grenzwert liegen, und damit aktiv werden. Erarbeitet hat die neuen Höchstwerte das Oekotoxzentrum, das schweizerische Kompetenzzentrum für angewandte Ökotoxikologie - dies auf Basis wissenschaftlicher Studien. Begleitet wurde der Prozess vom Bafu sowie vom Bundesamt für Landwirtschaft im Departement von Johann Schneider-Ammann (FDP); mitgewirkt haben die Kantone und die Industrie.

## Applaus nur von den Bauern

Für sein Vorgehen erhält das Uvek auch Lob - vom Schweizerischen Bauernverband. Präsident und CVP-Nationalrat Markus Ritter begrüsst es, dass neu wissenschaftlich relevante und nachvollziehbare Werte für die Gewässer gälten. «Doch solche Grenzwerte lassen sich wissenschaftlich nie exakt definieren», entgegnet Daniel Hartmann, bis 2014 als

## Glyphosat

Krebserregend oder nicht?

Glyphosat wird seit den 1970er-Jahren in der Landwirtschaft zur Unkrautbekämpfung eingesetzt. Weltweit sind es jährlich 700 000 Tonnen, in der Schweiz 300 Tonnen. Doch das Pestizid, das in der Schweiz seit 2002 zugelassen ist, wird kontrovers diskutiert.

Vor zwei Jahren hat die Internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (WHO) es als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft - und damit den Bewertungen aller anderen behördlichen Gremien widersprochen, so etwa dem deutschen Bundesinstitut für Risikobewertung. Da sich die Experten uneins sind, wollen die Grünen Schweiz das weltweit am häufigsten eingesetzte Unkrautvertilgungsmittel bis mindestens 2022 verbieten, um die Folgen für Mensch und Natur genauer zu überprüfen. Ihren Vorstoss, den sie diesen Herbst eingereicht haben, lehnt der Bundesrat ab.

Für zahlreiche Anwendungsbereiche gebe es zurzeit als einzige Alternative die mechanische oder thermische Vernichtung von Unkraut, heisst es in der Antwort des Bundesrats. Diese Bekämpfungsmethoden würden aber mehr Energie und Arbeitsaufwand erfordern. Der Bundesrat hält weiter fest, Glyphosat sei kaum toxisch für Gewässersorganismen. Im Grundwasser, das zur Trinkwassergewinnung genutzt werde, sei es bisher nicht festgestellt worden. (sth)

Leiter der Sektion Grundwasserschutz oberster Gewässerschützer des Bundes. Sie festzulegen, sei deshalb nicht zuletzt ein politisches Signal, «in diesem Fall ein schlechtes». Dies gelte umso mehr, als die Gewässerschutzverordnung weiter keinen Höchstwert für die erlaubte Gesamtsumme aller Chemikalien in einem Gewässer nenne. «Wir wissen nicht, wie verschiedene Giftstoffe im Mix wirken», warnt Hartmann. Das Bafu kontert, die Behörden könnten trotzdem einschreiten - mit Verweis auf einen Passus in der Gewässerschutzverordnung. Demnach muss die Wasserqualität so beschaffen sein, dass Chemikalien die Gesundheit der Tiere und Pflanzen «nicht beeinträchtigen». Hartmann entgegnet, dieser Passus existiere seit langem, werde aber nur äusserst selten angewendet.

Kritisch äussert sich auch der Hüter über das Trinkwasser, der Schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches. Er fordert für Oberflächengewässer denselben Gesamtgrenzwert, wie er bereits für Trinkwasser gilt (0,5 Mikrogramm pro Liter). Für Einzelsubstanzen soll er weiter bei 0,1 Mikrogramm pro Liter liegen. «Für einen dauerhaften Schutz der Wasservorkommen», mahnt der Verein, «dürfen nicht immer mehr Fremdstoffe ins Wasser gelangen.»



**Daniel Hartmann**  
Ex-Chefbeamter



**Doris Leuthard**  
Umweltministerin